

Erster Schritt zu Verkehrsverbund

Planer für die Erarbeitung eines Grobkonzepts gesucht

Von Urs Rist

Basel. Die Schaffung eines Verkehrsverbunds soll vertieft geprüft werden. Denn nur so könne der öffentliche Verkehr im Raum Basel langfristig optimiert werden. Dies hält die Regierung im Bericht zu einem politischen Anzug von SP-Grossrat Stephan Luethi-Brüderlin fest. Bereits vor einem Jahr haben die Regierungen von Basel-Stadt und Baselland ihren Verwaltungen den Auftrag gegeben, ein Grobkonzept für einen Verkehrsverbund zu entwickeln. Damals haben die Regierungen beschlossen, die Idee einer Fusion der Basler Verkehrsbetriebe (BVB) und der Baselland Transport AG (BLT) nicht weiterzuverfolgen. Die Prüfung eines solchen Zusammenschlusses hatte Luethi in seinem Anzug gefordert.

Im Kantonsblatt ist nun die Erarbeitung eines Grobkonzepts für einen Verkehrsverbund im Raum Basel ausgeschrieben. «Wir haben gemerkt, dass es eine Aussensicht braucht,» sagt Alain Groff, Leiter Mobilität im Bau- und Ver-

kehrsdepartement. Denn es gelte abzuklären, was ein Verkehrsverbund im Raum Basel bedeutet. Der bestehende Verbund in Zürich sei bisher in der Schweiz ein Einzelfall und dort stehe ein Kanton klar im Mittelpunkt.

Acht Besteller für die S-Bahn

In Basel sei die Struktur auf der Seite der Besteller von Leistungen des öffentlichen Verkehrs viel komplizierter. Bei der S-Bahn gebe es acht Besteller, nämlich fünf Kantone, den Bund, die französische Region, zu der das Elsass gehört, und das Land Baden-Württemberg in Deutschland. Der Mitte 2014 gegründete Verein Agglo Basel übernehme bereits gewisse Koordinationsaufgaben, sagt Groff. Ausgangspunkt des Verkehrsverbunds sei allerdings nicht die S-Bahn, sondern der Nahverkehr mit Tram und Bus.

Der Tarifverbund Nordwestschweiz (TNW) werde in einen Verkehrsverbund integriert, schreibt die Regierung im Bericht zum Anzug. Im TNW ist für den schweizerischen Teil der Region ein gemeinsames Tarifsysteem seit über 25

Jahren verwirklicht. Zu einem Verkehrsverbund gehören in der Regel auch eine koordinierte Planung des Fahrplanangebots und die gemeinsame Vermarktung der Leistungen.

Im Grobkonzept sind laut Ausschreibung insbesondere die Ausdehnung, die Kompetenzen und Aufgaben, die wesentlichen Steuerungsprozesse sowie die Grundzüge der Finanzierung zu definieren. Gesucht wird eine Firma oder eine Bietergemeinschaft, die in den letzten fünf Jahren einen vergleichbaren Auftrag, also eine Studie oder ein Konzept zur Organisation des öffentlichen Verkehrs im Wert von etwa 80 000 Franken ausgeführt hat. Die Anbieter müssten Kenntnisse des öffentlichen Verkehrs haben und die politischen Möglichkeiten abschätzen können, sagt Groff. Denn nach dem Konzept ist ein politischer Entscheid nötig. Angebote können bis zum 26. Februar 2016 eingereicht werden. Danach wird ein Büro oder eine Arbeitsgemeinschaft ausgewählt. Das Grobkonzept soll in der Zeit von Mai 2016 bis März 2017 erarbeitet werden.